

- **Proteste werden von der Verwaltung der Gemeinde Nierstein abgestraft –**
- **Der AntiFa wird der Raum gekündigt, den sie 13 Jahre nutzte**

Am 24. 9. fand in Nierstein eine Demo unter dem Motto „Schöner feiern ohne Militärverherrlichung“ statt. Anlass war die militaristische Ausgestaltung eines deutsch-amerikanischen Freundschaftsfestes. Der Heyl'sche Garten, eine größere Grünfläche in Nierstein, wurde zur Spielwiese für Waffenfreunde und -freundinnen. Schweres Kriegsgerät wurde gezeigt, abgerundet durch eine Ausstellung des Reservistenverbandes über seine vermeintlichen gesellschaftlichen Aufgaben. Integriert in ein Unterhaltungsprogramm für die ganze Familie, zielten die Organisatoren auf die Akzeptanz militärischer Präsenz im zivilgesellschaftlichen Raum ab.

Dies ist auch nicht weiter erstaunlich, wenn mensch die Personen etwas genauer betrachtet, die diese Ausgestaltung des Festes vorangetrieben haben. Dies waren Thomas Günther, der Niersteiner Bürgermeister, dessen Traum von einem öffentlichen Gelöbnis auf dem Niersteiner Marktplatz bisher unerfüllt blieb, Hans- Jochen Gerlach, zuständig für die Sicherheit der Veranstaltung, einst Oberstleutnant bei der Bundeswehr.

Gerlach, der auf unserer Homepage lesen musste, dass wir entschieden Protest angekündigten, malte aufgrund dessen ein Szenario aus, das ihn gar veranlasste den MAD auf den Plan zu rufen, indem er alte Seilschaften reaktivierte. „Zwar fürchten wir keine Attentate mit Sprengstoffgürteln, aber Farbbeutelattacken und Chaos sind durchaus zu erwarten“ prognostizierte er im Landskronteil der Allgemeinen Zeitung.

Trotz seiner Diffamierungen konnte er eine öffentliche Diskussion, die den militaristischen Aspekt des Festes problematisierten nicht verhindern. So zog die Verbandsgemeinde ihre Beteiligung zurück. Unter anderem begründet mit der Kritik an der "geplanten Zurschaustellung von Militärgerät".

Im Nachhinein wurde die Anzahl der Besucher und Besucherinnen unverschämt hochgelogen und so ein Erfolg konstruiert, der tatsächlich ausgeblieben war.

Das Wahrnehmen der Grundrechte auf freie Meinungsäußerung und Demonstration führten dazu, dass der Raum, den wir seit nunmehr 13 Jahren genutzt haben, uns fristlos entzogen wurde. Wir kündigen hiermit weiterhin entschieden Protest gegen die nationalistische, militaristische und autoritäre Ausrichtung der hiesigen Politik an, die jede emanzipatorische Perspektive im Keim zu ersticken sucht.